

Eingang: 15.11.2022, 15:20 Uhr

NR 533

09.11.2022

**Antrag
der CDU-Fraktion**

Anbindung Frankfurts an deutschlandweite Wasserstoff-Logistik

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, angesichts der neuen Ära der Energieversorgung sich auf Landes- und Bundesebene intensiv dafür einzusetzen, dass bei den Planungen und Entscheidungen einer deutschlandweiten Wasserstoff-Logistik Frankfurt als wichtiger Standort u.a. für Flugverkehr und Industrie entsprechend berücksichtigt wird.

Begründung

Angesichts der durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten aktuellen Entwicklungen an den Energiemärkten bei der gleichzeitig vor allem in Deutschland stark geforderten Nachhaltigkeit wird Wasserstoff in Zukunft einen entscheidenden Beitrag zu einer sicheren sowie klimaneutralen Energieversorgung leisten. Unter anderem als Treibstoff für Antriebe sowie als Zwischenprodukt für weitere Produktionsketten als auch als Basis für „power to liquid“ wird Wasserstoff einer der entscheidenden Energieträger sein.

Derzeit gibt es verschiedenen Möglichkeiten, „grünen“, „blauen“, „grauen“ Wasserstoff zu produzieren. Ziel ist der sogenannte „grüne“ Wasserstoff, ausschließlich hergestellt mit erneuerbaren Energien. Diesbezüglich aber fehlen von Seiten der EU überarbeitete Vorgaben, was genau unter „grünem“ Wasserstoff verstanden wird, denn der bisherige Vorschlag der EU-Kommission ist zu restriktiv (z.B. durch das Prinzip der Gleichzeitigkeit, dass der Elektrolyseur für die Produktion von Wasserstoff nur laufen darf, wenn sich das angeschlossene Windrad gleichzeitig dreht). Entsprechend müssen in den EU-Richtlinien für erneuerbare Energien RED noch viele Aspekte geregelt werden.

Aber nicht nur der rechtliche Rahmen von Seiten der EU ist wichtig, sondern es werden auch ständig neue Pläne für die Verfügbarkeit von Wasserstoff publiziert: Neue Herstellungsverfahren, neue Verträge mit anderen Ländern, neue Produktionsorte auch in Deutschland. Darüber hinaus ist unabhängig von den EU-Vorgaben sowie von den Herstellungsweisen dieses Stoffes folgender Punkt entscheidend: Liefer- und Wertschöpfungsketten müssen erst beschlossen, finanziert und aufgebaut werden.

W - StR Stephanie Wüst

Erfreulicherweise haben wir in Frankfurt mit der Infraserb GmbH & Co. Höchst KG einen wichtigen Wasserstoff-Produzent vor Ort, der u.a. durch teils öffentliche Tankstellen PKW, LKW, Züge und Busse versorgt. Auf Dauer ist jedoch für Frankfurt die Zufuhr von Wasserstoff durch Pipelines unabdingbar. Frankfurt wird nicht nur als fünftgrößte Großstadt Deutschlands, sondern unter anderem wegen seines großen internationalen Flughafens sowie als einer der größten und erfolgreichsten Pharma- und Chemiestandorte zu den Städten zählen, die sehr hohen Bedarf an Wasserstoff haben werden. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, ist die ausreichende Zufuhr von preisgünstigem Wasserstoff unabdingbar.

Bei diesem Thema geht es sowohl um Klimaschutz als auch um die Erhaltung Frankfurts als führenden Standort unter anderem des Luftverkehrs sowie der Industrie. Vor diesem Hintergrund muss der Magistrat zum einen den etwaigen Bedarf Frankfurts an Wasserstoff für die kommenden Jahre und Jahrzehnte zügig ermitteln und sich bei den Planungen für den Aufbau einer deutschlandweiten Wasserstoff-Infrastruktur intensiv um eine die Anbindung für die notwendigen Mengen einsetzen.

Dr. Nils Köbler
Fraktionsvorsitzender

Antragstellerinnen und Antragsteller:

Stv. Dr. Veronica Fabricius
Stv. Christiane Loizides
Stv. Robert Lange
Stv. Christina Ringer
Stv. Dr. Sascha Vogel